



Alexander S. Kritikos ist Mitglied des Vorstands und Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship im DIW Berlin.



Alexander Schiersch ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Entrepreneurship im DIW Berlin.

Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.

A. S. KRITIKOS UND A. SCHIERSCH

Vom Innovationsführer zum Nachzügler: Warum Deutschlands Industrie zurückfällt

Deutschlands forschungsintensive Industrien bilden seit Jahrzehnten das Fundament der Wirtschaft. Doch ob Automobil, Maschinenbau, Chemie oder Elektronik, es knirscht gewaltig. Das zentrale Problem ist eine politisch hausgemachte, inzwischen strukturell verankerte Investitionsschwäche. Die Erfolgsformel – hochwertige Produkte, kontinuierliche Innovation, exzellente Ingenieurskunst – hat Risse bekommen. Der Wertschöpfungsanteil hochwertiger Technologiegüter sinkt, der Anteil spitzentechnologischer Industrien stagniert. Alarmierend ist die Arbeitsproduktivität. Bei hochwertigen Technologiegütern stieg sie von 2015 bis 2024 um magere sieben Prozent. Zugleich sank Deutschlands Anteil an den globalen Exporten forschungsintensiver Güter seit 2015 um rund 15 Prozent. Der komparative Vorteil, der lange höhere Preise rechtfertigte, ist stark in Gefahr.

Das von manchem Wirtschaftsverband gepflegte Narrativ, wonach der Einbruch externen Faktoren geschuldet sei – Energiepreisen, Geopolitik, Zöllen oder Chinas Exportoffensive –, greift zu kurz. Denn Nachbarländer legten im gleichen Zeitraum zu. In den Niederlanden und der Schweiz wuchs die Produktivität bei hochwertigen Technologiegütern um rund 25 Prozent. Noch deutlicher klappt die Schere in den Spitzentechnologien auseinander. Deutschlands Produktivität stieg dort von 2015 bis 2023 zwar um 25 Prozent, sinkt aber seitdem. Die Niederlande legten 59 Prozent zu, die Schweiz etwa das Doppelte, auch Dänemark wuchs erheblich stärker.

Die tiefere Ursache ist eine chronische Investitionsschwäche. Die realen Ausrüstungsinvestitionen sind zu niedrig, die Erneuerungszyklen zu lang. Ein wesentlicher Hemmschuh ist dabei die ausufernde Bürokratie. Während die USA laut Draghi-Report zwischen 2019 und 2024 rund 5 500 Gesetze und Regulierungen verabschiedeten, waren es in der EU circa 13 000 Rechtsakte – hierzulande durch „Goldplating“ noch verschärft. Hinzu kommen in Deutschland eine nur punktuelle Digitalisierung, eine vernachlässigte Infrastruktur und der Mangel an Fachkräften. In der Summe sinken die Renditeerwartungen; Kapital fließt zunehmend ins Ausland ab, wo Rahmenbedingungen besser gestaltet sind.

Will Deutschland den schleichenden Verlust seiner industriellen Substanz stoppen, braucht es keine neuen Subventionsmilliarden wie für den Industriestrompreis, sondern vier angebotsorientierte Maßnahmen. Erstens: die Qualität der öffentlichen Verwaltung systematisch erhöhen. Regulierung belastet nicht allein durch die Zahl der Vorschriften, sondern durch die Qualität ihrer Umsetzung. Eine kompetente Verwaltung kann eine hohe Regulierungsdichte kompensieren.

Zweitens: die Verwaltung digitalisieren. Anträge, Zertifizierungen und Meldepflichten müssen vollständig digital ablaufen. Den größten Hebel bietet künstliche Intelligenz in den Behörden selbst. KI-gestützte Systeme können Anträge prüfen, Standardfälle bearbeiten und Verfahren um ein Vielfaches verkürzen. Drittens: in die Infrastruktur investieren. Die jahrzehntelange Vernachlässigung von Verkehrs-, Schienen- und Stromnetzen rächt sich. Auch der schleppende Ausbau von Glasfaser und 5G ist ein Standortnachteil für wissensintensive Unternehmen. Das Sondervermögen muss diese Defizite angehen – und darf nicht als Verschiebebahnhof für Haushaltsprobleme dienen.

Viertens: den Zugang von Nicht-EU-Fachkräften beschleunigen. Die langwierigen Visa- und Arbeitserlaubnisverfahren müssen konsequent digitalisiert und entbürokratisiert werden. Die geplante digitale Agentur könnte die zersplitterten Zuständigkeiten bündeln. Administrative Effizienz ist eine ökonomische Notwendigkeit im weltweiten Ringen um Talente.

Die Niederlande, die Schweiz und Dänemark machen vor, dass industrieller Erfolg möglich ist, wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen und Produktivität stimmen. Die jüngst verkündeten Massenentlassungen in der Automobilindustrie zeigen, wie tief die Risse im Fundament bereits sind – die Bundesregierung muss zeitnah handeln.

Der Beitrag ist am 27. Juli 2026 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 19. August 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787